

# Für eilige Leser

am Donnerstag morgen.

Deftich von Görz nahmen f. v. I. Truppen einen italienischen Graben, machten 60 Mann zu Gefangenen und erbeuteten 7 Maschinengewehre.

Ein österreichisch-ungarisches Seeflugzeug, geschwadergriff die italienischen Stellungen von Lodi, Bergamo und Dabberio sehr erfolgreich mit Bomben an.

Hindenburg richtete an den Reichskanzler einen Brief über die ausreichende Versorgung der Schwerarbeiter, dem der Kanzler antwortete.

Gren hat die amerikanische Rote über die englischen Schwarzen bitten beantragt; die amerikanischen Forderungen werden von England zurückgewiesen.

Au der Sommerfront haben nach einer englischen Meldung die Franzosen weitere sechs Kilometer der englischen Linien übernommen.

In der französischen Kammer wurde eine neue Anfrage an Briand über die voraussichtliche Dauer des Krieges eingebracht.

Das türkische Parlament ist vom Sultan mit einer Thronrede eröffnet worden.

König Friedrich August wohnte der in Dresden abgehaltenen Trauerfeier für den verstorbenen bairischen Befehlshaber Grafen v. Montgelas bei.

Der deutsche Botschafter in Wien v. Tschirschky und Hoegendorff ist gestorben.

Wetteranfrage der amtl. landw. Landeswetterkarte: Zeitweise aufklaren, keine wesentlichen Niederschläge und Temperaturänderung.

Vorteil des Handels zwischen britischen Untertanen und Ausländern auf Gegenseitigkeit beruht, und daß das Handelsverbot für die britischen Untertanen mit Anknüpfung eines fremden Staates notwendigerweise eine Einschränkung des britischen Handels nach sich zieht und die Regierung daran hindert, auf die Schwarze Linie irgend eine Firma zu setzen, die einen neutralen Handel betreibt, der bona fide ist. Gren sagt weiter: Es scheint in den Vereinigten Staaten und anderswo Leute zu geben, die man fast unmöglich davon überzeugen kann, daß die von uns ergriffenen Maßnahmen besonders gegen den Feind sind und nicht gegen uns, unseren eigenen Handel auf Locken bestim�en der neutralen Länder zu fördern. Ich kann nur wiederholen, was ich eingangs mehrmals auseinandergesetzt habe, daß die Regierung Sr. Majestät kein so unwürdiges Ziel im Auge hatte. Wir haben in Wirklichkeit bei allen Schritten, die wir ergriffen haben, um britische Untertanen vom Handel mit diesen angeführten Firmen abzuhalten, die größtmögliche Sorge getragen, um soweit als möglich eine Schwächung des neutralen Handels sowohl in unserem wie im Interesse der Neutralen zu verhindern. — In einer anderen Stelle sagte Gren: Lassen Sie es mich wiederholen, daß die Regierung Sr. Majestät keinen Anspruch erhebt, den Bürgern der Vereinigten Staaten oder der Länder der Neutralen vorzuschreiben zu wollen, mit welchen Personen sie Handel treiben dürfen oder nicht. Sie muß dagegen an ihrem Rechte festhalten, daß es in der gegenwärtigen schwierigen Zeit sogar ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung des eigenen Landes wie der der Neutralen ist, britische Förderung denen vorzuziehen, die ihren Handel auf Gunsten unserer Feinde führen. Wenn der Wert der britischen Förderung für diese Firmen so groß ist, daß sie lieber den Handel mit unseren Feinden antreiben, als den im Gefahr laufen, dieser Förderung beraubt zu werden, dann kann die Regierung seiner Majestät nicht zugeben, daß ihre Annahme von Bürgerschaften dafür Willfür ist oder unvereinbar mit dem internationalen Recht und dem guten Einvernehmen zwischen den Völkern.

Gren bezieht ferner den in manchen Kreisen herrschenden Gedanken, die militärische Lage sei derart, daß es für die Regierung unnötig sei, irgendwelche Schritte zu unternehmen, die den Austauschverkehr im geringsten behindern könnten, da das Ende des Krieges in Sicht sei und nicht, was sich in fernem neutralen Ländern ereigne, den entscheidenden Ausgang berühren könne. Hierzu sagt Gren: Wir möchten wohl wünschen, daß die Lage so wäre, aber sie ist nicht so. Sowohl die militärische Lage der Neutralen als bedeutend verheerter hat, steht ihnen noch ein fangender harter Kampf bevor, der zur Anwendung jedes rechtmäßigen Mittels nötigt, um die Gefahr zu überwinden. Was auch für Unbequemlichkeit den neutralen Nationen durch die Ausübung der Rechte der Kriegsführenden erwacht, so ist dies nicht zu vergleichen zum Beispiel mit den Tode und Verletzungen, die der Menschheit durch die Verletzung des Krieges auch nur um eine Woche verzögert werden. Gren bezieht sich sodann auf die englischen Verfahren, Schiffe, die Waren für auf der Schwarzen Linie fahrende Firmen führen, zu beschlagnahmen und sagt: Was für ein rechtlicher Einwand kann gegen diese Maßnahme erhoben werden? Es ist englische Politik, warum sollte sie zum Transport von Gütern herab benutzt werden, die unseren Feinden offene Hilfe leisten? Man muß sich auch daran erinnern, daß die deutsche Regierung durch ihren Unterseebootskrieg versucht hat die Welttonnage zu verringern. Die Deutschen haben unrechtmäßigerweise ohne Warnung hunderte feindlicher Frachtschiffe versenkt, nicht nur solche, die den Neutralen gehören, sondern auch solche der Neutralen, norwegische dänische, schwedische, holländische, spanische und griechische Schiffe; alle wurden versenkt. Zwischen dem 1. Juni und dem 30. September 1916 sind 262 Schiffe durch feindliche Unterseeboote versenkt worden; 78 davon waren englische, 128 gehörten den Neutralen und 56 waren neutrale Schiffe. In dieser Zahl sind zehn englische Schiffe eingeschlossen, die ohne Warnung versenkt worden sind, wobei 81 Menschenleben verloren gingen, und zwei Schiffe der Verbündeten, auf denen zwei Menschenleben verlorengegangen sind, während über die anderen Verletzungen keine Nachrichten zu erhalten waren, und drei Schiffe der Neutralen, auf denen ein Menschenleben verloren ging. Selbst diese Liste ist unvollständig. Wahrscheinlich sind weitere Schiffe ohne Warnung versenkt worden und noch mehr als die aufgeführten Menschenleben verlorengegangen. Binzugefügt sei, daß die an Bord befindlichen mit dem Leben davorkamen, dies in der Regel nur dadurch geschah, daß sie sich in offene Boote begaben. Selbst Schiffe, die Bedungen im Auftrage der belgischen Untersuchungskommission führten, sind wiederholt versenkt worden. Trotz der besonderen Erleichterungen, die den für die Kommission tätigen Schiffen bezüglich der Ladungsverpackung gewährt werden, ist diese Gefährdung noch ständig nicht in der Lage, die Nahrungsmittel nach Belgien einzuführen, die zur Erhaltung des Lebens der Bevölkerung durchaus nötig sind. Kann es daher wohl wundernehmen, daß die britische Regierung ängstlich bemüht ist, die Versorgung mit englischer Kohle so zu beschränken, daß, soweit möglich, nur Schiffe Kohle erhalten, die wirklich im Handel für die Neutralen oder die Neutralen beschäftigt sind? Gren nimmt schließlich Bezug auf die Besorgnis der Neutralen, daß die tatsächliche Aufsicht über die Transportmittel, die so in der Hand einer Nation ist, zur Stärkung des Welthandels im schädlichsten Interesse dieser Nation benutzt werden könne, und sagt hierüber: Die königliche Regierung ergreift diese Gelegenheit, um zu erklären, daß sie sich der Verpflichtungen dieser wohl bewusst ist, welche die Freigabe haben, und ebenso der überlieferten Politik des britischen Reiches, von dem solche Freigabe als Vertrauensakt (!) betrachtet und im Interesse der Freiheit (!) bemüht worden ist. Es bedarf bei der letzten Vorbehaltung, um solche Erleichterungen in dem Gebotnis zurückzuführen. Aber sie kann nicht zugeben, daß in Umständen, wie sie zurzeit bestehen, der gegenwärtige Gebrauch ihrer Subsidienverträge in

Widerstand hat zu ihren Verpflichtungen oder zu ihren freiwilligen Erleichterungen. — Zum Schluß spricht Gren die Zuversicht aus, daß die gegebenen Erklärungen Verbindungen zwischen und irdige Anklagen beilegen werden, die in den Vereinigten Staaten über die Frage im Umlauf seien.

## Von der Sommerfront.

„Dain Chronicle“ meldet von der Sommerfront, daß ein Austausch zwischen französischen und englischen Truppenkämpfern an der Front stattfindet, und daß indigene weitere sechs Kilometer der englischen Linien von den Franzosen übernommen worden sind.

Eine neue Anfrage an Briand über die Kriegsbesetzung. Schweizerische Blätter melden aus Paris: Der Deputierte Lardieu hat im Parlament eine neuerliche Anfrage an Briand eingebracht über die voraussichtliche Dauer des Krieges. Die Anfrage, die von mehr als 50 Deputierten unterschrieben wird, nimmt auf die feierliche Erklärung Briands im Juni Bezug, daß der Endtag für Frankreich spätestens Ende September zu erwarten sei.

## Spanien zwischen Hammer und Ambok.

(Durch Austausch von Vertretern des Senats R. R. Ross-Bureau). „Imparzial“ bringt die Nachricht, daß am 18. d. M. drei spanische Fruchtschiffe von Valencia nach England in der Meeresstraße von Gibraltar durch englische Kriegsschiffe angehalten und zur Rückkehr nach Valencia gezwungen wurden, weil sie deutsche Konfiskationsbescheinigungen für Fruchtexporte besaßen. „Imparzial“ fügt hinzu: Durch dieses Vorgehen Englands gerate Spanien zwischen Hammer und Ambok, denn wenn die Fruchtschiffe nach Deutschland demissionieren, so würden sie von den Engländern angehalten. Wenn sie jedoch ohne diese ausfahren, so würden sie von den Deutschen forschert. (W. I. S.)

Hollands Verhandlungen mit Deutschland und England. Die Meldung des Reuters Bureau über den Abschluß eines englisch-holländischen Handelsvertrages ist irreführend. Ein solcher Vertrag ist nicht abgeschlossen worden. Es hat sich lediglich eine holländische Kommission nach England begeben, um über die beiderseitigen Ansprüche zu verhandeln. Auch von Seiten Deutschlands ist auf Anregung Hollands eine Kommission nach Holland geschickt worden, welche die Wünsche Deutschlands und Hollands ausgetauscht hat. Die Verhandlungen haben zu einem Teufelskreis dursch die bestehenden Ergebnisse geführt.

## Unser Unterseebootskrieg.

(Reuter.) Es wird gemeldet, daß die Dampfer „Veronica“ und „Corinth“ versenkt worden sind. Die Mannschaft des letzteren ist gerettet. Auch der englische Dampfer „Peroline“ ist verlorengegangen. (W. I. S.) Der deutsche Dampfer „Beita“ hat in dem portugiesischen Hafen Brissam (?) die Besatzung des im Atlantischen Ozean von einem deutschen Unterseeboote versenkten englischen Dampfers „Merajano“ gerettet. (W. I. S.) Der schwedische Dampfer „Arvid“, der vor dem Krieg als Postdampfer „Saga“ in den Schären Stockholms verwendet worden war, ist von einem deutschen Unterseeboote auf dem Wege von Stockholm nach Raumo in Finnland versenkt worden. Die Mannschaft ist gerettet. (W. I. S.) Nach einer Gasanalyse aus Madrid hat am Montag morgen das Unterseeboot „U 49“ den englischen Dampfer „Elean Buchanan“ angegriffen. Auf drastische Distanz erlitten der Postdampfer „Hollandia“. Einzelheiten über die Rettung fehlen. Die Besatzung des Dampfers „Lissa Marina“ hat erklärt, daß das Unterseeboot nichts als Meer mit einigen Scheinwerfern überwachte. (W. I. S.)

Die Ausbringung des Dampfers „Königin Regentes“. Aus Billingen wird den Hättern gemeldet, daß dort am Dienstag 20 Jahrgänge des Postdampfers „Königin Regentes“, der am Freitag nach Bebrügge aufgebracht worden war, angekommen seien. Die männlichen Jahrgänge des Dampfers, die Untertanen Deutschlands feindlicher Länder waren, wurden von Bord geholt. Drei von ihnen hatten sich verheiratet und wurden erst am Sonnabend entdeckt. Als die freigelassenen Jahrgänge von Bebrügge abreisten, lag die „Königin Regentes“ unter Dampf vor dem Hafen. Die Behandlung durch die Deutschen war korrekt. (W. I. S.)

## Ein interessanter Jang.

Unser Berliner Mitarbeiter meldet und: An Bord des aufgegebenen holländischen Dampfers „Königin Regentes“, der feindliche Kriegsmaterial führte, befanden sich auch drei Kurierkäse, die über Bord geworfen wurden. Einer davon wurde aufgefischt. Darin befand sich auch eine Zusammenstellung von Nachrichten aus der deutschen Presse, die von einem gewissen D. v. Steward in Rotterdam herrührte und an einen gewissen H. Taylor in London gerichtet war. Es handelt sich dabei um eine Arbeit, die offenbar laufend für die englische Regierung geliefert wird. Die Arbeit läßt erkennen, daß die englische Regierung ziemlich zurecht über die tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland unterrichtet wird. Um so auffälliger ist es, daß die englische Regierungspresse sorgfältig gegenentgegengesetzte Berichte bringt.

## Zur Torpedierung des Dampfers „Angelika“.

Die feindliche Presse verbreitet geflissentlich die Behauptung, daß der griechische Dampfer „Angelika“ durch ein deutsches Unterseeboot versenkt worden sei. Wie wir von zutreffender Stelle erfahren, ist diese Behauptung falsch. Für die Torpedierung des Dampfers „Angelika“ kommt ein deutsches Unterseeboot nicht in Betracht. (W. I. S.)

## Die Eröffnung der Duma.

(Peterb. Telegr.-Agentur.) Die Duma ist am Dienstag nach festlichem Teum in Gegenwart des Kabinetts eröffnet worden. (W. I. S.)

## Zum Untergang des russischen Dinerschiffes „Imperatritza Maria“.

„Rus Daglicht Alchanda“ meldet aus Chabaranda: Das russische Marineministerium macht (etwas abweichend von der ersten amtlichen Meldung) bekannt, daß am 21. Oktober Feuer an Bord des Dinerschiffes „Imperatritza Maria“ in Sebastopol ausgebrochen sei. Als zu befürchten stand, eine Explosion der großen Munitionsvorräte auf dem Schiff werde auf den anderen Schiffen im Hafen und selbst in der Stadt verheerend wirken, wurde beschlossen, die Bodenventile zu öffnen. Das Schiff sei binnen 10 Minuten gesunken und liegt jetzt im flachen Wasser. Ein Offizier, zwei Unteroffiziere und 140 Mann seien mit in die Tiefe gegangen. (W. I. S.)

Die „Imperatritza Maria“ ist im Jahre 1913 vom Stapel gelaufen und hatte einen Verdrang von 22800 Tonnen. Sie hatte eine Geschwindigkeit von 21 Knoten und war u. a. bewaffnet mit zwölf 305-Zentimeter-Geschützen, zwanzig 185-Zentimeter-Geschützen und vier Torpedoböhrern.

## Zivilienpflicht in Finnland.

Der „Corriere“ meldet aus Petersburg: Der finnische Senat hat dem Regierungsvorschlag zugestimmt, für die gesamte männliche Bevölkerung des finnischen Reiches die Zivilienpflicht zur Verteidigung des Gesamtreiches einzuführen.

## Ein staatliches russisches Eisenwerk geplant.

(Peterb. Telegr.-Agentur.) Der Verkehrsminister verlangt ein Kredit von 71 Millionen Rubel zur Errichtung eines staatlichen Eisenwerkes im Süden Russlands. (W. I. S.)

## Ein Brief Hindenburgs an den Reichskanzler.

Hindenburg richtete an den Kanzler, wie die „Berliner Märkische Zig.“ berichtet, folgendes Schreiben: „Eurer Excellenz ist bekannt, vor welche ungeheuren Aufgaben unsere Kriegsindustrie für einen strengen Ausweg des Krieges gestellt ist. Die Lösung der Arbeiterfrage ist dabei entscheidend, und zwar nicht allein bezüglich der Zahl der Arbeiter, sondern vor allem auch bezüglich der individuellen Leistungsfähigkeit durch eine ausreichende Ernährung. In dankenswerter Weise hat das Kriegsministerium der Ernährung der Arbeiter in bezug auf die Ernährung seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Da jedoch das Kriegsministerium auf die Ausführung der Maßnahmen nur einen geringen Einfluss ausüben vermag, bedarf es der einmütigen, hingebenden Unterstützung der Landeszentralbehörden und der diesen unterstellten Verwaltungs- und Kommunalbehörden.“

In den Kreisen dieser Behörden scheint mir nicht überall ausreichend erkannt zu sein, daß es um Sein oder Nichtsein unseres Volkes und Reiches geht. Es ist unmöglich, daß unsere Arbeiterkraft auf die Dauer leistungsfähig bleibt, wenn es nicht gelingt, ihr eine nach gerechten Gesetzmäßigkeiten vertheilte, ausreichende Menge Fett zuzuführen. Sowohl aus dem Nahrungsmittel, dem Getreide, wie auch aus anderen Industrierohstoffen wird mir berichtet, daß es immer noch nicht gelungen ist, eine ausreichende, einigermaßen gerechte Verteilung zu bewirken. Im Getreide soll seit Monaten nur eine ganz geringfügige Menge verfügbar gewesen sein.

Von diesen Dingen scheint man in den rein landwirtschaftlichen Gebieten Deutschlands und in den Kreisen der führenden Männer unserer Landwirtschaft nicht genügend unterrichtet zu sein. Für die Landwirtschaft ist die Aufgabe nicht nur in der Selbstverdienlichen Steigerung der Produktion zu erblicken, sondern auch darin, ihre Produkte, insbesondere das Fett, in weitestem Maße freiwillig dem Verbrauch zuzuführen. Mit staatlichem Zwang wird erfahrungsgemäß nur wenig erreicht, wohl aber verpöche ich mir Erfolge von einer umfassenden, großzügig organisierten Propaganda durch die Führer der Landwirtschaft zugunsten der Ernährung unserer Kriegsindustriearbeiter.

Alle staatliche Regelung des Verbrauchs muß verlassen, wenn nicht die verständnisvolle, freiwillige Unterstützung aller Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land zu Hilfe kommt, und jeder Deutsche im Inneren davon durchdrungen ist, daß diese Unterstützung ebenso vaterländische Pflicht ist, wie die Hingabe von Leib und Leben im Kampf an der Front.

Eure Excellenz bitte ich in eindringlicher Bitte, allen Bundesregierungen, Verwaltungs- und Kommunalbehörden den Ernst der Lage vor Augen zu führen und sie aufzufordern, die ausreichende Ernährung unserer Kriegsindustriearbeiter mit allen Mitteln zu betreiben, harte Persönlichkeiten aller Parteien als Führer des Heimatheeres hinter Pflug und Schraufloch zu einmütigem Handeln zu verbinden und den Furor Teutonius in der Heimat beim Bauern, wie beim Industriearbeiter und Städter zu wecken.

Ich habe den Eindruck, daß der beste Wille und die Tapferkeit unserer in ihrer Tüchtigkeit und Sauberkeit unübertroffenen Beamtenwelt würde durch das Gelingen, in langwierigen Beratungen den Bedenken aller Art möglichst gerecht zu werden. Unentfesselt ist die Folge.

Eure Excellenz wollen die darin liegende Gefahr nicht verkennen. Das Volk will harte, entschlossene Beamte sehen, dann wird es auch selbst hart sein und mancher unbequemen Maßnahme willig sich beugen.“

Der Herr Reichskanzler hat in einem Schreiben an die Bundesregierungen diesen Ausführungen in vollem Umfang zugestimmt.

Einer der führenden Männer des Reichstages beehrte einem Mitarbeiter des „Volks-An.“ gegenüber, daß im Hauptauschuss des Reichstages die belgische Frage besprochen worden ist. Es treffe durchaus zu, daß der Reichskanzler sich gegen die Annahme verpflichtet habe, sein Schweigen zu den Reden des Herrn Scheide mann stelle deren Billigung dar; vielmehr habe er sich mit aller Entschiedenheit auf das berufen, was er über unsere künftige Stellung Belgien gegenüber mehrfach dargelegt habe. Was die Frage der Zivilienpflicht betreffe, so liege deren Lösung noch in ziemlicher Ferne. Den Verhandlungen des Bundesrates würden die Beratungen der Vertreter der Kriegsindustrie sich anschließen, und erst daraus werde sich der Gesammtentwurf für den Reichstag entwickeln; denn davon könne keine Rede sein, im Wege der Verordnung ein solches Gesetz ins Leben zu rufen. Ein derartiger Eingriff in die persönliche Freiheit würde keine Verantwortung durch die Volksvertretung finden. Jedenfalls werde diese aber noch vor Weihnachten zusammentreten. Dem von Hindenburg an den Reichskanzler gerichteten Appell, in erster Reihe die schwerarbeitenden Industriearbeiter mit Fett zu versorgen, müsse unter allen Umständen Gehör geschenkt werden, und wenn die übrige Bevölkerung sich hierzu noch erheblicheren Einschränkungen unterwerfen müßte. Bezüglich des Kriegsministeriums, sowie seines Leiters und seiner Beauftragten sprach sich der Parlamentarier mit voller Befriedigung aus. Herr v. Batocki setzte unter den angeführten Verhältnissen das Menschenmögliche, und damit müsse man sich zufriedengeben. (h.)

## Der Kaiser und die Goldsammlung.

Der Kaiser hat eine größere Anzahl Goldsachen aus seinem Privatbesitz durch seinen Schatzkammer- und Vermögensverwalter Geh. Regierungsrat Grimm der Goldsammlung überstellen lassen. (W. I. S.)

## Baron Burian in Berlin.

b. Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Baron Burian ist, begleitet von dem Botschafter v. Neres und dem Grafen Honos, von Wien in Berlin eingetroffen.

## Ausführung der verschleppten Ökonomie.

b. Professor Krause teilt in der „Kistler Zig.“ mit, daß es der rathlosen Tätigkeit des Auswärtigen Amtes nach monatelangen Verhandlungen gelungen sei, eine Verhandlung über die Zurückführung der verschleppten Ökonomie zum Abschluß zu bringen. Alle Verschleppten mit Ausnahme der militärdienstuntauglichen Männer zwischen 17 und 50 Jahren haben Aufbruch auf Freilassung.

## Der Schutzverband für Deutschen Grundbesitz (G. B.) Berlin.

hat nachstehende Eingabe an den Bundesrat gerichtet: Dem hohen Bundesrat bitten wir ehrerbietig, für den in Kriegsnot geratenen kaiserlichen Hausbesitz auf Beschaffung nachstehenden Realcredits in der Uebergangszeit dadurch hinzuwirken zu wollen, daß 1. das Reich Mittel hierfür bereitstellt und zugleich den Bundesstaaten und Gemeinden Anregung zu gleichem Vorgehen gibt, 2. das Reich den Bundesstaaten nahelegt, die Gemeinden dazu anzuregen, daß sie für die während des Krieges oder innerhalb zweier Jahre nach Beendigung des Krieges zurückbleibenden Realcredits an den bewohnten Grundbesitz und privaten Realcredits an den bewohnten Grundbesitz die Haftung übernehmen, soweit solche Darlehen nach den gesetzlichen und sachungsgemäßen Vorschriften ohne Haftung der Gemeinde von den beteiligten Anhalten nicht gegeben werden können, 3. das Reich den Bundesstaaten nahelegt, den Gemeinden ein solches Vorgehen nötigenfalls zu unterstützen, sei es aus eigenen Mitteln, sei es aus dem vom Reich zur Verfügung gestellten Krediten.

Nr. 315 - Treibnet Nachrichten - Donnerstag, 10. November 1916 - Seite 2